

Plädoyer für eine Bundestags-Enquete „Klimawandel und Wirtschaftswachstum“

Ist ohne Wachstum wirklich alles nichts?

Um die Ziele hinsichtlich einer Verringerung der Treibhausgasemissionen zu erfüllen, sind eine Abkehr vom Paradigma des Wirtschaftswachstums und ein tief greifender Kulturwandel notwendig. Wie diese Transformationsprozesse gestaltet werden sollen, ist allerdings im Detail oft noch fraglich. Eine Enquete-Kommission des Bundestages kann helfen, Antworten auf diese Fragen zu finden. **Von Reinhard Loske**

Sie werden immer eindeutiger und bedrückender, die Ergebnisse, die uns aus der Klimaforschung erreichen. Über Nuancen lässt sich vielleicht noch streiten, nicht aber über die Grundempfehlung, die gegeben wird. Soll die Erderwärmung noch einigermaßen unter Kontrolle gehalten werden, ist der globale Ausstoß an Klimagasen schleunigst zu stabilisieren und bis 2050 auf ein Drittel des heutigen Wertes zurückzuführen. Das ist angesichts einer expandierenden Weltbevölkerung und eines wachsenden Energiehunger in Schwellen- und Entwicklungsländern extrem anspruchsvoll.

Ein Übererfüllung des Klimaziels ist notwendig

In den Industriestaaten mit ihren hohen Emissionsniveaus sind die Minderungserfordernisse logischerweise noch radikaler. Bis Mitte des Jahrhunderts müssen sie ihren Ausstoß an Kohlenstoffdioxid auf ein Zehntel des heutigen Niveaus zusammenschrumpfen, also weitestgehend dekarbonisiert sein. Das ist auch deshalb erforderlich, weil die Industriestaaten den Löwenanteil zur Entstehung des Klimawandels beigetragen haben und Kooperationswillen von ärmeren Ländern nur erwarten können, wenn sie zur Übererfüllung des globalen Klimaziels bereit sind.

Schaut man sich die vielstimmigen Antworten auf die gewaltige Herausforderung des Klimawandels an, so lassen sich heute im Wesentlichen drei Typen erkennen: Abwarten und bei Bedarf anpassen, Ergrünen lassen des technischen Fortschritts, Kulturwandel und Abschied vom Wachstumszwang.

Offene Plädoyers für Typ eins, die Hinnahme des unabwendbaren Klimawandels bei gleichzeitiger Entwicklung von Anpassungsstrategien, findet man zwar nur wenige. Zu groß sind die Risiken unterlassenen Klimaschutzes und die damit verbundenen Kosten für die Menschheit. Dennoch bereiten sich viele

Staaten und Regionen inzwischen vernünftigerweise auf die Anpassung an den Klimawandel vor, weil mit erheblichen Veränderungen selbst dann zu rechnen ist, wenn unverzüglich mit konsequenter Emissionsvermeidung begonnen würde. Küstenschutz, Siedlungsentwicklung, Landwirtschaft, Infrastrukturplanung und Ökosystemmanagement werden deshalb in Zukunft verstärkt vor dem Hintergrund aufziehender Klimaveränderungen betrieben werden müssen. Freilich ist es ein gewaltiger Unterschied, ob man sich an einen moderaten Klimawandel anzupassen hat oder an einen starken und eskalierenden. Zumindest verbal ist es deshalb inzwischen Konsens, dass Klimaschutz und Emissionsvermeidung höchste politische Bedeutung zukommt.

Vom Schmutzkind zum Sunnyboy

Typ zwei, das Plädoyer für eine grüne Technologierevolution, ist deshalb auf dem besten Wege, zum neuen Klima-Mainstream zu werden, den praktisch jeder gefahrlos vertreten kann, ohne groß anzuecken. Das Loblied auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Ressourcenintelligenz und Elektromobilität, Umweltmanagement und Ökoinnovationen zielt heute die meisten Parteiprogramme, auch wenn wahrlich nicht alle das tun, was sie versprechen. Da ist vom Green New Deal die Rede, von der ökologischen Industriepolitik oder vom Wachstumsmotor Klimaschutz, der Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen soll.

Es ist ein fulminanter Paradigmenwechsel, der sich da in Sachen Klimaschutz in Politik und Medien während der letzten Jahre vollzogen hat. Galt er ehemals als etwas Kostenträchtiges, das Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze zu gefährden droht, so gilt der Klimaschutz heute vielen als beste Form der Wachstums- und Innovationspolitik. Ökologen sollten sich darüber freuen, dass der Klimaschutz für manchen Ökonomen nun vom Schmutzkind zum Sunnyboy geworden ist. Wenn sich mit grünen Zielen schwarze Zahlen schreiben lassen, wird politisches Agieren zum Wohle des Klimas um ein Vielfaches leichter.

Dennoch bleibt die Frage, ob das bloße Ersetzen von ökologisch ineffizienter Technik durch effiziente Technik überhaupt an die Wurzeln der Klimakrise heranreicht. Der Blick in die Vergangenheit nährt da leider Zweifel, denn allzu oft trat das ein, was Ökonomen den Rebound-Effekt nennen, das Aufzehren von Effizienzgewinnen durch Wachstumseffekte. Es gibt verbrauchsärmere Autos, aber immer mehr Autos, sparsamere Elektrogeräte, aber immer mehr elektrische Anwendungen, we-

niger Raumwärmebedarf pro Quadratmeter Wohnfläche, aber immer größere Wohnungen. Im Ergebnis sinkt der Ressourcenverbrauch trotz technischen Fortschritts nicht.

Wandel zu einer klimaverträglichen Kultur

Praktisch folgt aus diesem Dilemma vor dem Hintergrund der notwendigen Treibhausgasreduzierungen, dass entweder der technische Fortschritt enorm radikalisiert und beschleunigt werden muss, wobei uns die Physik und vielleicht auch das Wesen des Menschen durchaus Grenzen setzt. Oder wir wandeln uns zu einer klimaverträglichen Kultur, die sich Zug um Zug vom Wachstumszwang befreit und Technik zweckgerichtet in gesellschaftliche Ziele einbettet. Dieser Ansatz, hier Typ drei genannt, ist erst keimhaft entwickelt, aber erkennbar im Aufwind begriffen. Er setzt durchaus an der Wachstumskritik der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts an, in deren Zentrum die bio-physikalischen Grenzen des Wirtschaftens ebenso standen wie die Zweifel am Sinn immerwährender Expansion für den Einzelnen und die Gesellschaft.

Der Ansatz des dritten Typs lässt die alten Debatten aber auch hinter sich, weil er weniger normativ aufgeladen ist. Er nimmt die Koinzidenz von Klimakrise, Ressourcenkrise und Finanzkrise als Beleg dafür, dass kurzsichtiges Handeln in den Kollaps führen kann, wenn nicht auf allen Feldern zugleich gegengesteuert und reguliert wird. Er ist nicht für oder gegen Wachstum, für oder gegen Technik, sondern sieht Wachstumsanforderungen hier und Schrumpfungsnecessitäten dort. Die Orientierung an aggregierten Größen wie dem Bruttoinlandsprodukt hält er auch deshalb für falsch, weil dieses als Wohlstandsmaß nur noch bedingt taugt, vieles falsch und manches gar nicht misst, etwa den sozialen Zusammenhalt, die Chancengerechtigkeit, die Zufriedenheit der Bevölkerung oder die Qualität des Naturkapitals.

Es wird die schlichte Tatsache anerkannt, dass bei hohem Niveau des Sozialprodukts absolute Zuwächse eben nur noch relativ geringe Wachstumsraten bewirken. Was in den 50er Jahren zehn Prozent Wachstum bewirkte, bewirkte in den 70er Jahren nur noch zwei Prozent und heute noch ein Prozent Wachstum. Anders ausgedrückt muss die Wirtschaftsaktivität zur Schaffung von einem Prozent Wachstum absolut gesehen immer größer werden, egal ob es Sättigungstendenzen gibt oder nicht. Das ist keine gute Aussicht für den Klimaschutz, bei dem es ja nicht um relative Größen geht, sondern um absolute.

Wachstumsgesänge als Krankheitssymptom

Im Ansatz des dritten Typs hört man die anschwellenden Wachstumsgesänge, die jetzt wieder erklingen, eher als Pfeifen im Walde, als verzweifelteten Wunsch, dass alles wieder so werden möge wie früher. Dass ohne Wachstum alles nichts sei, wie jüngst unsere Bundeskanzlerin meinte, wird hier eher als Krankheitssymptom verstanden. Denn wenn Gesellschaft, Staatshaushalt und soziales Sicherungssystem permanentes

Wachstum als unbedingte Voraussetzung hätten, wären sie sehr anfällig für das Nichts. Also wird hier eher gefragt, wie man Individuen und Unternehmen vom Wachstumszwang befreien kann, wie man gut leben und wirtschaften kann, ohne ständig mehr haben zu müssen.

Wie würden in einer klimaverträglichen und vom permanenten Wachstumszwang befreiten Gesellschaft die Unternehmensverfassungen aussehen, wie die Arbeitszeiten und Arbeitsbeziehungen, wie die sozialen Sicherungs- und Kooperationssysteme, wie der Staat und seine Haushalte?

Auf viele dieser Fragen gibt es noch keine überzeugenden Antworten. Es ist noch nicht ausgemacht, wie die zukünftige Mischung aus Klimaanpassung (Typ eins), Technikrevolution (Typ zwei) sowie Wachstumsmäßigung und Kulturwandel (Typ drei) aussehen wird. Was läge da näher, als hierzu eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages einzurichten, in der gewählte Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Vertreter der Gesellschaft zusammenarbeiten? Schon in der Vergangenheit ist es dem Bundestag gelungen, Themen, die anstehen, aber noch nicht richtig auf der politischen Tagesordnung verankert sind, sehr gut aufzubereiten und politikfähig zu machen.

Man erinnere sich an die Enquete-Kommissionen zur zukünftigen Kernenergiepolitik von 1976 bis 1980, zum Schutz der Erdatmosphäre von 1987 bis 1994 und zur nachhaltigen Entwicklung von 1995 bis 1998, die auch international ausstrahlend waren. Eine Enquete-Kommission zum Verhältnis von Klimawandel und Wirtschaftswachstum könnte sehr gut an diese Tradition anknüpfen.

Die Suche nach dem rechten Maß, das wir finden müssen, um den Klimawandel wirksam bekämpfen zu können und zukunftsfähig zu werden, steht weltweit an. Im Grunde geht es um die alt-neue Frage nach der guten Gesellschaft. Der Bundestag wäre der richtige Ort dafür, um nach Antworten zu suchen, die auf der Höhe der Zeit sind.

■ AUTOR + KONTAKT

Dr. Reinhard Loske ist seit 2007 Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa der Freien Hansestadt Bremen. Von 1998 bis 2007 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und zuletzt stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen. Von 1992 bis 1998 war er am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie verantwortlich für die Forschungsbereiche Klimapolitik und nachhaltige Entwicklung.

Reinhard Loske, Freie Hansestadt Bremen,
Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa,
Ansgaritorstraße 2, 28195 Bremen.
Tel.: +49 421 36198735, Fax: +49 421 496 98735,
E-Mail: office@bau.bremen.de



Lizenzhinweis

Die Beiträge in *Ökologisches* Wirtschaften werden unter der Creative-Commons-Lizenz "CC 4.0 Attribution Non-Commercial No Derivatives" veröffentlicht. Im Rahmen dieser Lizenz muss der Autor/Urheber stets genannt werden, das Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert und außerdem nicht kommerziell genutzt werden.

Die digitale Version des Artikels bleibt für zwei Jahre Abonnent/innen vorbehalten und ist danach im Open Access verfügbar.